

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 42 (1962-1963)
Heft: 10

Artikel: Das freie Unternehmertum in Italien
Autor: Lutz, Vera
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-161385>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das freie Unternehmertum in Italien

VERA LUTZ

Die Autorin der nachfolgenden Abhandlung, Frau Professor Dr. Vera Lutz, hat sich letzten Sommer längere Zeit in Italien aufgehalten und mit Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens, hauptsächlich in Rom, eingehende Gespräche geführt.

Die Redaktion

Italien hat sich verhältnismäßig spät in den Prozeß der industriellen Entwicklung in Westeuropa eingeschaltet. Erst in den beiden letzten Dezennien des neunzehnten Jahrhunderts wurden die ersten großen Schritte zur Entwicklung von industriellen Großunternehmen getan, im Gegensatz zum kleinen Handwerkerbetrieb, der von alters her ein Kennzeichen der vorwiegend bäuerlichen Gesellschaft vor der industriellen Revolution war. Und erst im ersten Dezenium des zwanzigsten Jahrhunderts wurde die jährliche Zuwachsrates der industriellen Produktion in Italien sehr groß. Wahrscheinlich war diese Rate in den Jahren zwischen 1898 und 1908 derjenigen der letzten zehn Jahre vergleichbar, welche von einigen als «wunderbar» bezeichnet worden ist.

Phasen der industriellen Entwicklung

Die ganze, etwa dreißig Jahre währende Zeitspanne vor dem ersten Weltkrieg sah die Gründung vieler italienischer Firmen, welche heute international bekannt sind. In dieser Zeit, oder in einigen Fällen kurz vorher, erlangten Namen wie Marzotto, Ansaldo, Breda, Agnelli (Fiat), Falck, Necchi, Olivetti, Pirelli Weltruf. Diese frühen Pioniere der italienischen Industrie kamen aus ganz verschiedenen Gesellschaftsschichten und hatten verschiedenartige Bildungsgänge hinter sich. Einige waren in wohlhabenden Familien des oberen Mittelstandes aufgewachsen, andere entstammten bescheidenen Mittelstandsverhältnissen, wieder andere waren die Söhne von Handwerkern oder auch von Bauern. Einige hatten zu Beginn ihrer Laufbahn den Vorteil einer Hochschulbildung. Andere hatten nur die Elementarschule durchlaufen. Einige begannen in den kleinen Betrieben oder Werkstätten ihrer Väter zu arbeiten, welche sie später übernahmen und zu Fabriken erweiterten. Andere begannen als Angestellte in einem Büro oder sogar als gewöhnliche Arbeiter. Die meisten waren sich bewußt, daß Italien, verglichen mit andern Ländern, in der industriellen Ent-

wicklung im Hintertreffen lag. Viele unter ihnen, in einigen Fällen mit geringen finanziellen Mitteln, gingen ins Ausland, nach England, Frankreich, Deutschland, der Schweiz oder den Vereinigten Staaten, um auf Ingenieurschulen oder in Fabriken die technischen Verfahren auf den Gebieten zu studieren, an welchen sie interessiert waren. Manches neue Unternehmen wuchs noch zu Lebzeiten des Gründers von einem Personalbestand von zehn oder zwanzig Personen zu einem solchen von einigen hundert oder tausend oder in dem einen oder andern Fall sogar von Zehntausenden.

Ein zweiter Schub rascher industrieller Expansion erfolgte zwischen dem Ende des ersten Weltkrieges und der großen Depression der dreißiger Jahre. Aber als der zweite Weltkrieg ausbrach, stand Italien immer noch mit einer Volkswirtschaft da, welche viele strukturelle Schwächen aufwies, abgesehen von den Besonderheiten, die während der unmittelbar vorhergehenden Jahre von der faschistischen Politik eingeführt worden waren. Der industrielle Sektor war nach Zahl der Beschäftigten und Umfang der Produktion immer noch klein, und eine große Anzahl der in der Industrie Beschäftigten arbeitete in kleinen Firmen, welche sich immer noch der Produktionsmethoden der Handwerker-gesellschaft bedienten. Ein großer Teil (über vierzig Prozent) der Bevölkerung verdiente seinen Lebensunterhalt weiterhin in der Landwirtschaft, und das Leben der Mehrzahl dieser Leute war karg. Dazu kam, daß sich die industrielle Entwicklung auf den Norden des Landes konzentrierte. Am bemerkenswertesten ist aber vielleicht die Tatsache, daß die Hälfte der Bevölkerung, von der der größte Teil im Süden lebte, sich mit einem durchschnittlichen Einkommensniveau begnügen mußte, welches wahrscheinlich weniger als halb so hoch war wie das der andern Hälfte.

Wie oft betont worden ist, war die relativ langsame industrielle Entwicklung Italiens teilweise auf die Armut des Landes an Bodenschätzen und die großen Entfernungen von fremden Rohstoffquellen zurückzuführen. Ferner wurde die moderne industrielle Entwicklung Italiens bis zum zweiten Weltkrieg durch einige außerordentlich schwere finanzielle Krisen beeinträchtigt, welche jeweils einen verzögernden Einfluß auf den industriellen Fortschritt des Landes ausübten. Die Schuld an diesen Krisen ist zu einem guten Teil dem System des «gemischten Bankwesens» zugeschoben worden, welches bis zur Mitte der dreißiger Jahre vorherrschte, und unter dem die Banken kurzfristige Depositen zur Gewährung mittel- oder langfristiger Kredite an die Industrie zu verwenden pflegten. Eine dieser Krisen führte 1933 zu einer massiven Staatsintervention in der italienischen Wirtschaft, mit dem doppelten Zweck: die Banken und das Geld ihrer Deponenten zu retten und die langfristigen industriellen Aktiva der Banken auf eine besonders konstituierte Staats-Holdinggesellschaft zu übertragen (das *Istituto per la Ricostruzione Industriale*, IRI). Diese Maßnahme brachte den Staat in eine Stellung, die es ihm ermöglichte, einen großen Teil der italienischen Industrie zu kontrollieren,

eine Position, die der Staat noch heute innehat. Ein weiterer Faktor, der für die Behinderung des industriellen Fortschrittes in Italien verantwortlich gemacht wird, ist die bis zum Ende des zweiten Weltkrieges praktizierte Handelspolitik. Aus zwei Gründen ist diese hochprotektionistische Politik angegriffen worden. Auf der einen Seite half sie den Firmen in gewissen Sektoren, durch Ausschluß der fremden Konkurrenz monopolistische oder oligopolistische Positionen aufzubauen, welche — nach Ansicht vieler italienischer Beobachter — in Italien weiter verbreitet waren als in andern Ländern. Zweitens verminderte diese Politik dadurch, daß sie die Inlandpreise gewisser Produkte (wie zum Beispiel Stahl) hoch über dem internationalen Niveau hielt, die Konkurrenzkraft Italiens auf dem Exportmarkt und verzögerte so die Expansion von Industrien (unter anderm der Maschinenindustrie), welche diese Produkte als Rohmaterial verwendeten. Die Autarkie und andere von der faschistischen Regierung befolgte politische Maßnahmen in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg trugen das ihre dazu bei, die Konkurrenz in vielen Sektoren der italienischen Industrie einzuengen.

Die dritte Periode rascher industrieller Expansion in Italien ist die Zeit seit 1950. Der Nachkriegsgeneration der italienischen Unternehmer war die Tatsache deutlich bewußt, daß Italien in den Jahren unmittelbar vor dem Krieg und während des Krieges hinsichtlich der Anwendung modernster Techniken und Organisationsmethoden weit hinter andere Länder zurückgefallen war. Wie ihre Vorgänger in früherer Zeit versuchten Italiens Industrielle jetzt aktiv von fremder Erfahrung und Praxis zu lernen. Sie taten dies, indem sie selber ins Ausland reisten und ihre Leute aussandten, damit sie technische Verfahren und Geschäftsführungsmethoden in andern Ländern studierten, oder indem sie fremde Ingenieure und andere Techniker für einige Zeit als Arbeitskräfte in italienischen Fabriken engagierten. Das Bewußtsein, daß es einer besonderen Anstrengung bedürfe, um die versäumten Verbesserungen nachzuholen, erweckte einen Geist der Initiative, der seinen Schwung auch heute noch nicht verloren hat. In den letzten Jahren haben italienische Unternehmer immer wieder eine Bereitschaft zur Anpassung an die ständig wechselnden Geschäftsbedingungen und Geschäftschancen — nicht zuletzt auf den Exportmärkten — an den Tag gelegt, um die sie Länder, in denen ein gewisser Mangel an fortschrittlichem Geist sich bemerkbar macht, sehr wohl beneiden können. Einige italienische Unternehmer weisen mit Stolz darauf hin, daß sie die modernsten Fabrikanlagen und Ausrüstungen besitzen, welche in Europa zu finden sind.

Ein Faktor, von dem die meisten italienischen Industriellen anerkennen, er habe sie in Spannung erhalten, ist die neue Handelspolitik Italiens. Im Gegensatz zu ihren Vorgängern haben die Lenker der italienischen Politik nach dem Krieg eine liberalere Handelspolitik bevorzugt, mit der bewußten Absicht, die italienische Industrie dem frischen Wind der freien Konkurrenz auf dem Inlandmarkt auszusetzen. Diese neue Richtung in der Handelspolitik ist in

Übereinstimmung mit der OEEC, dem GATT, der europäischen Kohlen- und Stahlgemeinschaft und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verfolgt worden. Und die italienischen Industriellen haben sich, trotz anfänglicher ängstlicher Unkenrufe, mit anscheinender Leichtigkeit dem beständigen Abbau der Zollmauern um ihren Inlandmarkt angepaßt.

Während ein Teil der jüngsten industriellen Expansion der italienischen Industrie auf die Tätigkeit der alteingesessenen Firmen zurückgeht, erscheint vieles davon als Ergebnis des Aufkommens und Wachsens ganz neuer Unternehmen. Die Gründer dieser neuen Firmen entstammen, wie jene der früheren Zeit, verschiedenartigen Gesellschaftskreisen. Einige von ihnen sind Söhne wohlhabender Industrieller der vorhergehenden Generation. Andere — nicht immer die am wenigsten erfolgreichen — sind Söhne von Handwerkern. Wieder andere sind Männer, welche früher als Techniker oder Direktoren oder sogar als gelernte Arbeiter angestellt waren und sich selbständig gemacht haben. Viele dieser neuen Unternehmer haben innerhalb von zehn oder fünfzehn Jahren ihren Personalbestand von einigen zehn Personen auf tausend oder mehrere tausend erhöht. Und nicht wenige sind durch diesen Prozeß zu einem ansehnlichen Vermögen gekommen.

Ungereimtheiten im Steuersystem und Risikobereitschaft

Die Aufgabe, ein neues Geschäft zu gründen oder eine bestehende Firma über die Dimensionen eines kleinen Handwerksbetriebes hinaus auszudehnen, erfordert in Italien nicht nur die Bereitschaft zur Übernahme der normalen Risiken, die mit solcher Tätigkeit überall verbunden sind, sondern auch noch zur Übernahme eines Risikos recht eigentümlicher Natur. Dies hängt mit dem gegenwärtigen Steuersystem Italiens zusammen. Ein Geschäftsmann, welcher klein beginnt, aber doch so, daß er nicht mehr in die Kategorie der Handwerker fällt, muß entweder ein gerissener Steuerhinterzieher sein oder darauf vertrauen, daß er sich rasch in seine sehr hohe Einkommenskategorie eingliedern kann. Denn die staatlichen und lokalen Steuersätze, welche gegenwärtig für Geschäftseinkommen gelten, sind in der untern Hälfte der mittleren Einkommensklassen exorbitant hoch. So muß ein Geschäftsmann mit Frau und zwei Kindern, dessen eingeschätztes Einkommen sich auf nur 1,5 oder 2 Millionen Lire pro Jahr beläuft, mehr als 20% dieses Einkommens versteuern, wenn er ein ehrlicher Steuerzahler ist. Bei einem Einkommen von 5 bis 6 Millionen Lire muß er mehr als 30% an den Fiskus abliefern. Das ist ungefähr das Doppelte des Ansatzes, dem ein gleich hohes Einkommen eines im Betrieb eines andern angestellten, unselbständig erwerbenden Mannes unterliegt. Wenn ein Geschäftsinhaber sich in die Kategorie der aus dem Geschäft verdienten Einkommen von 20 Millionen im Jahr emporarbeitet, ist er nach dem Gesetz verpflichtet, nahezu 45% in Steuern abzuliefern; kommt er jedoch noch höher,

so steigt der gesetzliche Steuersatz nicht so rapid, wie dies in andern Ländern der Fall ist, wo die Progression viel schärfer ist als in Italien. Die gegenwärtigen Steuersätze in den untern Rängen der mittleren Geschäftseinkommen sind in Italien unter der Annahme festgelegt worden, daß ein gewisser Umfang an Steuerhinterziehung selbstverständlich ist. Aber die unvermeidliche Folge der gegenwärtigen Situation ist, daß die einen in der Hinterziehung erfolgreicher sind als die andern, und daß die effektiv gezahlten Sätze von Steuerzahler zu Steuerzahler ganz unberechenbar wechseln. In vielen Fällen hängt daher der geschäftliche Erfolg davon ab, ob man in der Kunst der Steuerhinterziehung mehr Geschick hat als die vorhandenen oder potentiellen Konkurrenten. Die Notwendigkeit, diese besondere Eigenschaft über die Unternehmertalente hinaus zu besitzen, mag wohl den einen oder andern sonst guten Kandidaten daran hindern, die Unternehmerlaufbahn einzuschlagen. Diesem Umstand ist es vielleicht auch zuzuschreiben, daß einige der sehr erfolgreichen Unternehmer, welche in ihren Branchen zuerst «arrivierten», über lange Zeiten monopolistische oder oligopolistische Positionen gegen die Konkurrenz von Neueindringlingen in diesen Branchen bewahren konnten.

Günstige Faktoren für die industrielle Entwicklung

Für neue Firmen so gut wie für alte bestehen jedoch, abgesehen von der rein unternehmerischen Tatkraft, eine Reihe von Faktoren, welche den Aufschwung industrieller Tätigkeit seit 1950 begünstigt und dazu beigetragen haben, ihn über den anderer Länder zu steigern. Zum ersten haben die natürlichen Nachteile, unter denen die italienische Industrie, im Vergleich zu andern Ländern, früher zu leiden hatte, ihre Bedeutung verloren. Dies ist eine Folge neuer technischer Gegebenheiten, der veränderten geographischen Lage der Bezugsquellen für Roh- und Betriebsstoffe, auf welche andere Länder zurückgreifen, und der Entdeckung und Ausbeutung der eigenen italienischen Erdgasvorkommen. Im Zeitalter des Erdöls und der Plastikstoffe wirken sich die Beschaffungskosten industrieller Rohmaterialien für Italien im Vergleich zu den Kosten in andern Ländern viel weniger ungünstig aus, als es im Zeitalter von Kohle und Eisen der Fall war. Zum zweiten haben niedrigere Löhne und große Reserven an unbeschäftigter oder nicht vollbeschäftigter menschlicher Arbeitskraft bis jetzt Italien Möglichkeiten industrieller Expansion und einen Kostenvorteil gewährt, wie sie andere höher industrialisierte Länder nicht genossen.

Dieser Vorteil Italiens schwächt sich jedoch notwendigerweise mit der Zeit ab. Er ist heute am ehesten noch in jenen Industrien spürbar, welche in hohem Maß ungelernte oder angelernte Arbeitskräfte verwenden. Die tatsächlichen Lohnsätze für gelernte Arbeit, welche in Italien jetzt ungefähr so knapp ist wie in andern Ländern Westeuropas, sind in den letzten Jahren auf ein Niveau

hinaufgetrieben worden, welches die in den Kollektivverträgen fixierten Minimalansätze deutlich übersteigt und viel näher als früher bei dem für andere westeuropäische Länder geltenden Niveau liegt. Die Knappheit an gelernter Arbeitskraft ist heute ein Hindernis für zukünftige rasche Erweiterung des Personals in jenen Sektoren, welche von dieser Art Arbeitskraft am stärksten abhängig sind. Es besteht zwar noch eine Reserve an ungelernten Arbeitskräften, auf welche man zurückgreifen kann. Jedoch begrenzen die Kosten für die Ausbildung dieser Leute, von denen viele wegen des tiefen Niveaus ihrer Schulbildung nicht leicht auszubilden sind, das Ausmaß gewinnbringender Expansion. Bei internationalen Arbeitskostenvergleichen muß man die hohe Last in Rechnung stellen, welche der italienische Arbeitgeber an obligatorischen Sozialleistungen (Arbeitslosenversicherung, Krankheits- und Unfallversicherung, Altersfürsorge und Familienzulagen) auf sich zu nehmen hat. Das Total dieser Beiträge (von denen nicht viel weniger als die Hälfte auf Familienzulagen entfällt) erhöht die industriellen Kosten um 40 bis 50% der Lohnsumme. Die Folge davon ist, daß in Sektoren mit einem großen Anteil an gelernten Arbeitskräften und deshalb mit relativ hohen Löhnen die Kosten für die Arbeitskraft pro Stunde inklusive Soziallasten in vielen Fällen nahe an diejenigen der Nachbarländer herankommen und in einigen Fällen sogar darüber hinausgehen. Gegenwärtig ist damit zu rechnen, daß mit der Verbesserung der allgemeinen Beschäftigungslage und der zunehmenden Agitation unter den Arbeitern infolge der *Apertura a sinistra* der Regierung erhebliche und umfassende Erhöhungen der vertraglich fixierten Lohnansätze erfolgen können. Diese mögen einen Teil des vorher im Vergleich zu andern Ländern bestehenden Kostenvorteils beseitigen, selbst in jenen Sektoren, die vorwiegend ungelernzte oder angelernte Arbeitskräfte verwenden, für welche die vertraglich festgelegten Minima in den meisten Fällen noch mit den tatsächlich gezahlten Sätzen übereinstimmen. Es bestehen in der Tat schon Anzeichen dafür, daß die Erhöhung der durchschnittlichen Lohnsätze zum erstenmal in der Nachkriegszeit die laufende Produktivitätserhöhung überflügeln könnte.

Ein dritter Umstand, welcher die industrielle Expansion in den letzten drei Jahren gefördert hat, sind die im Vergleich zu früheren Zeiten viel leichteren Kreditbedingungen. Die günstige Position der italienischen Zahlungsbilanz und der Zufluß fremden Kapitals haben den inländischen Banken einen hohen Grad von Liquidität verschafft, und die Banken haben aktiv neue Kreditnehmer gesucht, welche das wachsende Volumen der den Banken zur Verfügung stehenden Gelder aufnehmen konnten. Unter diesen Umständen ist es selbst für kleinere Firmen relativ leicht, Bankkredite zu erlangen. Solche Firmen können auch längerfristige Kredite zu vernünftigen Bedingungen von Instituten erhalten, die mittelfristige Gelder vermitteln. Ein Teil dieser mittelfristigen Gelder ist kleinen und mittleren Unternehmen zu Zinssätzen (5% im Norden, 3% im Süden) gewährt worden, welche unter den auf dem Markt üblichen

lagen, wobei die Differenz aus Staatsgeldern bestritten wurde, welche man nach einem Gesetz von 1959 für diesen Zweck abzweigte.

Den Fortschritt der italienischen Industrie in der jüngsten Zeit kann man in ein paar Zahlen zusammenfassend darstellen. Während der acht Jahre von 1953 bis 1961 stieg der Index der italienischen Industrieproduktion um 96%, so daß die jährliche Zuwachsrate 8,8% betrug. In derselben Zeit stiegen die Exporte an Fertigfabrikaten wertmäßig um 254%. Diese Expansionsraten in Produktion und Export gehören zu den höchsten in der Welt. Zwischen den Volks- und Betriebszählungen von 1951 und 1961 stieg die Zahl der in der Fertigungsindustrie beschäftigten Personen in Italien von 3,5 Millionen (einer sehr niedrigen Zahl im Vergleich zu denjenigen, welche zur gleichen Zeit in den drei andern großen westeuropäischen Ländern registriert wurden) auf 4,5 Millionen oder um 28%. Ein anderes Anzeichen für den Fortschritt ist der Zuwachs an Bedeutung der mittelgroßen Firmen im Vergleich zu jener der sehr kleinen vom Typ des Handwerksbetriebs. Die ersten veröffentlichten Resultate der neuesten Zählung geben einen statistischen Hinweis auf diese Veränderung: sie zeigen, daß zwischen 1951 und 1961 die Zahl der Firmen in der Fertigungsindustrie gefallen ist (von 606 000 auf 580 000) und daß die durchschnittliche Anzahl der pro Firma beschäftigten Personen gestiegen ist (von 5,8 auf 7,8). Die Veränderung ist deshalb bemerkenswert, weil sie einen Zug der italienischen Industrie beseitigen hilft, welcher in der Vergangenheit ein Zeichen der Unreife war. Gemeint ist die Tatsache, daß Italien auf der einen Seite eine wichtige Gruppe von Riesenunternehmen besaß, während es auf der andern Seite eine im Vergleich zu den stärker industrialisierten Ländern abnorm große Zahl von Zwergbetrieben aufwies. Die Zuwachsrate bei den in der Industrie, einschließlich dem Baugewerbe, Beschäftigten ist seit 1959 besonders hoch. Und während dieser Zeit hat die Industrie im Norden einer großen Anzahl von Arbeitern aus dem Süden Beschäftigung gegeben. In den drei Jahren von 1959 bis 1961 wird die durchschnittliche jährliche Anzahl von Leuten, die aus dem Süden nach Norden zogen, auf 130 000 geschätzt. Das ist ungefähr doppelt soviel wie in den vorhergehenden Jahren der Nachkriegszeit.

Das Streben nach besserer industrieller Effizienz machte in den meisten industriellen Sektoren große Investitionsausgaben erforderlich; es ist bezeichnend, daß Italien seit 1950 zu den Ländern mit den höchsten Anteilen der Bruttoinvestition am Bruttonationalprodukt zählt. (Der Durchschnittsanteil liegt gut über 20%.) Die Resultate sind evident in der großen Produktivitätssteigerung. Eine kürzlich von der Bank von Italien aufgestellte Tabelle für zehn Länder (sieben in Westeuropa, Kanada, Japan und die Vereinigten Staaten) zeigt, daß der prozentuale Zuwachs in der Produktivität pro Arbeitsstunde in der Fertigungsindustrie zwischen 1953 und 1961 in Italien größer war als in jedem andern Land — außer Japan. Der Produktivitätszuwachs war groß genug, um der italienischen Industrie zu ermöglichen, die mit der höheren Kapitalintensi-

tät verbundenen höheren Kapitalkosten zu decken, ferner einen prozentualen Lohnanstieg zu bestreiten, welcher dem während derselben Zeit in einigen andern Industrieländern erreichten ungefähr gleich kam, wenn er auch hinter dem in noch andern Ländern erzielten zurückblieb, und gleichzeitig erfolgreich auf fremden Märkten zu konkurrieren.

Öffentliche Meinung und Unternehmertum

Der offensichtlich große Beitrag, welchen die privaten Unternehmer Italiens zur wirtschaftlichen Entwicklung der Nation in der Nachkriegszeit geleistet haben, erfüllt sie mit berechtigtem Stolz. Dennoch herrscht in Italien eine starke Gefühlsströmung gegen die Geschäftswelt. Zum Teil beruht dies auf Ressentiment gegen die monopolistischen Praktiken und übertrieben hohen Profite, welche in der Meinung des Publikums einen großen Teil der italienischen Industrie kennzeichnen. Da bis heute die Möglichkeiten fehlen, das Ausmaß dieser Erscheinung zu messen, ist es schwierig, Wirklichkeit und Schein zu scheiden. Dem Auge des Publikums sichtbar ist der luxuriöse Lebensstandard der Alt- und Neureichen in der Klasse der Geschäftsleute. Eine beinahe ebenso ernsthafte Quelle sozialen Ressentiments sind die großen Unterschiede in den Einkommen, wie sie gegenwärtig zwischen gewissen Gruppen von unselbständig Erwerbenden in den großen Firmen bestehen, zum Beispiel den oberen Rängen der Gehaltsempfänger auf der einen Seite und den Gehaltsempfängern der unteren Ränge und den Lohnarbeitern auf der andern. Hohe Belohnung für erfolgreiche Unternehmertätigkeit und für die Inhaber einiger schwer zu besetzender Personalstufen, sind jedoch eine natürliche Begleiterscheinung der Phase der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, in welcher sich Italien zur Zeit befindet. Es ist zu erwarten, daß die Profitraten fallen werden, wenn die italienische Industrie einmal am Ende der stürmischen Vorwärtsbewegung, welche jetzt im Gange ist, angelangt sein wird, und die gemächlichere Gangart eines reiferen Stadiums der wirtschaftlichen Entwicklung einschlägt. Die privilegierte Stellung einiger Gruppen von Gehaltsempfängern wird sich ebenfalls verändern, wenn die Möglichkeit einer höheren Schulbildung weiteren Bevölkerungsschichten geboten wird, als dies jetzt der Fall ist. Die Zeit wird ohne Zweifel kommen, da der geschulte Spezialarbeiter die wirtschaftliche und soziale Schranke, welche ihn heute noch einen Grad tiefer als den Stehkragenarbeiter oder den Büro-Angestellten hält, durchbrechen und auch seine politischen Ansichten mehr dem Mittelstand angleichen wird. Aber einstweilen behält die Struktur der italienischen Industriegesellschaft manche Züge, welche einige der weiter vorgerückten Industrieländer bereits überwunden haben. Diese Tatsache hat ihre politischen Konsequenzen. Die politische Linke in Italien sieht die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter immer noch als Klassenkampf.

Möglicherweise hätte etwas zur Verbesserung der Einstellung des Publikums zur Geschäftswelt getan werden können, wenn zwei verhältnismäßig konservative Reformen, welche seit einiger Zeit zur Diskussion stehen, durchgeführt worden wären. Die eine ist eine Reform des Steuersystems in der Weise, daß die Steuersätze, welche nach Gesetz auf die ganz hohen Einkommen fallen, auch wirklich bezahlt würden. Diese Reform müßte mit einer Revision der Steuerstruktur verbunden werden, so daß man die exorbitanten Sätze, welche nach Gesetz heute auf die niedrigeren Geschäftseinkommen entfallen, reduzieren könnte. Die andere Reform ist eine Gesetzgebung gegen die Monopole. Dadurch, daß sie dazu beitragen, berechtigten Beschwerden des Publikums Abhilfe zu schaffen, könnten sich beide Maßnahmen letzten Endes zugunsten derjenigen Gruppen auswirken, gegen welche sie sich unmittelbar richten. Einstweilen sieht sich aber das private Unternehmertum einer anderen Bedrohung gegenüber, welche viel schwerer ist als die Kontrolle der Monopole oder die Verunmöglichung der Steuerhinterziehung. Der private Unternehmer hat zuschauen müssen, wie der Staat als Unternehmer immer mehr in seinen Bereich eindrang. Darüber hinaus sieht sich der Privatunternehmer einem steigenden politischen Druck in Richtung auf andere Formen der Staatsintervention in der Wirtschaft gegenüber. Diese Situation ist keine ganz neue Entwicklung und darf nicht einfach der Bildung einer Regierung der linken Mitte zugeschrieben werden. Ihre Wurzeln reichen viel weiter zurück. Sie ist ein Ergebnis vieler Einflüsse.

Die ideellen Hintergründe des Staatsinterventionismus

In den beiden letzten Parlamenten haben die Kommunisten und Linkssozialisten zusammen über ein Drittel der Sitze innegehabt. Diese Zahl widerspiegelt jedoch nicht das ganze Gewicht der wirtschaftlichen Linken, der gemäßigten und der extremen. Eine wichtige Gruppe innerhalb der christlich-demokratischen Partei begünstigt schon lange eine Erweiterung des öffentlichen Sektors in der Wirtschaft und die Einführung einer erweiterten Regierungskontrolle privater Tätigkeit. Viele der einflußreichsten Mitglieder der jüngeren Generation der Intellektuellen außerhalb des Parlamentes denken ähnlich. Unter den Leuten der Altersklasse unter fünfundvierzig oder fünfzig Jahren ist es schwierig, Anhänger der neoliberalen Tradition zu finden, von der doch Italien in der Vergangenheit eine Anzahl hervorragender Vertreter besaß, unter ihnen den verstorbenen Luigi Einaudi. Die offizielle liberale Partei ist im Parlament nur schwach vertreten und wird von den meisten ihrer Gegner mit den verhaßten Interessen des «big business» identifiziert. Die Nachkriegsgeneration der italienischen Ökonomen steht stark unter dem Einfluß einiger moderner Strömungen des angelsächsischen Wirtschaftsdenkens. Die Keynesische Lehre mit ihrer Betonung der öffentlichen, durch monetäre Expansion ermöglichten In-

vestitionsausgaben als Heilmittel für gewisse Arten von Arbeitslosigkeit hat Italien mit einiger Verspätung erreicht. Sie wurde unter italienischen Volkswirtschaftlern erst nach dem Krieg zu einem beherrschenden Thema, setzte sich dann aber um so stärker fest. Zu einer gewissen Zeit sahen viele Leute darin den Schlüssel zur Lösung des italienischen Beschäftigungsproblems; im Gegensatz zu einer andern Gruppe, welche der Meinung war, das Problem Italiens sei anders geartet und erheische eine andere Behandlung. Diese zweite Gruppe gewann schließlich die Oberhand. Ebenso einflußreich in einer zweiten Phase war jedoch die neue Entwicklungstheorie, welche öffentliche Investitionen und andere Formen der Staatsintervention als Weg zur Hebung des Lebensstandards in armen und wenig industrialisierten Gebieten befürwortete. Diese Lehre wurde in Italien mit Eifer aufgegriffen, als ein Fingerzeig für das, was im eigenen Süden getan werden müsse, um dieses Armutsgebiet zur Entfaltung zu bringen. Sie war eine Quelle der Ermutigung und Inspiration für eine gemäßigte ökonomische Linke, welche einer beschränkten Staatsintervention das Wort redete, im Unterschied zur extremen Linken, welche eine mehr totalitäre Form der staatlichen Kontrolle über die wirtschaftliche Tätigkeit begünstigte. Einflußreich ist auch die Meinung, welche schon lange in den der gegenwärtigen Regierung nahestehenden Kreisen vertreten wird: daß nämlich die industrielle Entwicklung Italiens durch einen Mangel an Unternehmerfähigkeiten zurückgehalten werde. Als die Ereignisse in zunehmendem Maße diese Meinung in ihrer allgemeinsten Form Lügen zu strafen schienen, trat an ihre Stelle die Version, es seien zu wenige private Risikoträger vorhanden, die bereit wären, in jenem Teil Italiens neue Unternehmen zu beginnen, wo sie am meisten benötigt werden, eben im Süden. Trotz den großen Investitionen durch die Behörden zur Verbesserung des «festen Sozialkapitals» dieses Landesteiles und trotz den besondern Anreizen (billiges Geld, Steuererleichterung etc.), welche industriellen Investoren im Süden gewährt wurden, hat das Tempo, in welchem das private Unternehmertum Industrie dorthin brachte, nicht den Erwartungen entsprochen. Der Schluß, welcher von einer wichtigen Gruppe innerhalb und außerhalb der christlich-demokratischen Partei gezogen wurde, geht dahin, daß zum mindesten in Süditalien die Funktion des Unternehmers in größerem Ausmaß als bisher durch den Staat ausgeübt werden müsse.

Wie oben vermerkt wurde, hat die Industrie Norditaliens besonders während der letzten drei Jahre Arbeitsgelegenheiten für eine große Zahl von Arbeitern aus dem Süden geboten. Der kürzliche rasche Anstieg der jährlichen Wanderungsrate vom Süden nach dem Norden wird jedoch von jenen Leuten, welche sich als Wortführer des Südens betrachten, mit schweren Bedenken verfolgt. Nach der Meinung dieser Gruppe sollte die Industrie die Arbeitsplätze zu den Arbeitern im Süden bringen, statt von diesen zu verlangen, nach Norden zu ziehen. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Bemerkung

von Mr. Chambers, welche von Dr. Linder in seinem Artikel in einer früheren Nummer dieser Zeitschrift zitiert wurde¹. Es ist dort die Rede von den am Fall des Vereinigten Königreichs von Großbritannien zu beobachtenden ungünstigen Auswirkungen auf nationale Produktivität und Konkurrenzfähigkeit, die eine Politik hat, «welche die Unternehmer veranlaßt, die Industrie an Standorte zu verlegen, welche ungeeignet (und daher ineffizient) sind, nur weil die unbeschäftigten Arbeitskräfte aus jener Gegend andere Orte nicht aufsuchen wollen, wo Arbeitsplätze offenstehen». Die meisten Wortführer des Südens bestreiten jedoch, daß sich die Konkurrenzkraft Italiens auf den Exportmärkten vermindern oder ein Verlust am potentiellen Nationaleinkommen eintreten würde, wenn ein so großer Teil der zukünftigen italienischen industriellen Expansion, wie es als wünschenswert betrachtet wird, in den Süden verlegt würde. Viele von ihnen vertreten außerdem die Ansicht, daß selbst ein Verlust an Produktivität von der italienischen Gesellschaft in Kauf genommen werden müßte, ungeachtet des immer noch mäßigen Nationaleinkommens pro Kopf der Bevölkerung, da es gelte, das soziale Übel zu vermeiden, das, ihrer Ansicht nach, eine größere geographische Bevölkerungsverschiebung zur Folge hätte. Diese Ideen spielen gegenwärtig im Gespräch über das Thema, bis zu welchem Grad der Staat in wirtschaftliche Angelegenheiten eingreifen sollte, eine große Rolle.

Unternehmertätigkeit des Staates

Der Bereich der Staatsintervention in der italienischen Industrie ist schon heute an den Maßstäben der meisten westlichen Länder gemessen sehr groß. Ein charakteristischer Zug des öffentlichen Eigentums und der Kontrolle der Industrie in Italien ist das sogenannte «gemischte System», unter welchem der Staat durch eine Holdinggesellschaft den kontrollierenden Teil des Kapitals — manchmal hundert Prozent, oft aber weniger — in einzeln produzierenden Gesellschaften besitzt und privat kontrollierte Gesellschaften auf vielen Gebieten neben den vom Staat kontrollierten tätig sind. Bis jetzt ist diese Form der öffentlichen Intervention in Italien von größerer Bedeutung als direktes Staatseigentum (oder Nationalisierung), wie man es viel früher auf den größeren Teil des Eisenbahnsystems und einen Teil des Telefonsystems anwandte und wie es in einer Anzahl kleinerer Sektoren (wie zum Beispiel *Cinecittà* in der Filmindustrie, Thermalbäder und so weiter) besteht. Von den beiden Staatsholdinggesellschaften wurde das IRI (*Istituto per la Ricostruzione Industriale*) schon 1933 errichtet, im Verfolg von Ereignissen, die oben erwähnt wurden. Die andere, das ENI (*Ente Nazionale Idrocarburi*), wurde 1953 mit dem Zweck geschaffen, die Tätigkeit verschiedener staatseigener Gesellschaften, die

¹ Vgl. Heft 7, Oktober 1962.

auf dem Erdöl- und Erdgassektor seit den zwanziger oder dreißiger Jahren bestanden hatten, in erweitertem Umfang fortzusetzen. Die besondere Form des öffentlichen Eigentums, welche die staatlichen Holdinggesellschaften darstellen, und welche unter gewissen Umständen statt der Nationalisierung zur Anwendung kam (wie 1957, als die in Privateigentum verbliebenen Telefongesellschaften dem IRI unterstellt, «irisiert» wurden) ist in vielen Fällen flexibler als die letztere. Diese Geschmeidigkeit ist ein zweischneidiges Schwert. Sie erlaubt zum Beispiel dem Staat als Unternehmer, sich verhältnismäßig leicht aus Sektoren zurückzuziehen, an welchen er sich nicht länger beteiligen will, indem er seine Aktien in den betreffenden Gesellschaften privaten Gruppen verkauft (wie das vom IRI in einer Anzahl von Fällen getan worden ist). Sie erlaubt aber auch dem Staat leicht, seine Tätigkeit in alten und neuen Gebieten auszudehnen, indem er neue Gesellschaften gründet oder die Mehrheit des Kapitals in schon bestehenden Gesellschaften erwirbt.

Obschon sich das IRI von einigen Sektoren, welche ursprünglich infolge des finanziellen Zusammenbruchs von 1933 teilweise unter seine Kontrolle gekommen waren, zurückgezogen hat, betätigt es sich doch noch in größerem oder kleinerem Ausmaß in einer großen Anzahl von Sektoren. Es ist Eigentümer von drei der größten Banken in Italien, welche zusammen im Jahre 1960 20% der gesamten Bankdepósitos hielten. Es hält eine sehr wichtige Position im Eisen- und Stahlsektor, wo seine Gesellschaften 1960 über 80% der Roheisenproduktion des Landes und über 50% der Stahlproduktion erzeugten. Es besitzt bei weitem den größeren Teil der Werften Italiens. Es war bis jetzt Eigentümer eines beträchtlichen Teils der Elektrizitätswerke. Im Jahre 1960 erzeugten seine Werke ein Viertel der elektrischen Energie des Landes. Es besitzt einen großen Anteil am Schiffsraum der Nation; 1960 kontrollierte es etwa 20% der gesamten Handelsschiffahrtstonnage (ausschließlich der Tankerflotte, an der es sich nicht beteiligt). Hauptsächlich ist es an der Passagierschiffahrt interessiert, an der sein Anteil über 60% beträgt. Auf dem Telefonssektor besitzt es den ganzen Teil des Systems, der nicht direkt dem Staat gehört. Es ist verantwortlich für den Betrieb von Radio und Fernsehen, der Zivilluftfahrt und für die neue *Autostrada*. Zu diesen Sektoren, in welchen das IRI überall einen sehr beträchtlichen Teil oder, in einigen Fällen, die gesamte Tätigkeit kontrolliert, kommen eine große Anzahl von Zweigen, meistens der Maschinenindustrie, an denen das IRI jeweilen in geringerem Ausmaß beteiligt ist. Diese umfassen die Produktion und Zusammensetzung von Motorfahrzeugen, die Produktion von Flugzeugbestandteilen, die Produktion elektrischer Ausrüstungen sowohl für den Haushalt als für die Industrie, von Elektroapparaten und vieler anderer Typen industrieller Maschinerie sowie die Produktion und Reparatur von Eisenbahnrollmaterial. Im ganzen hat sich das IRI an jene Sektoren gehalten, welche es infolge jener Ereignisse übernahm, denen es seinen Ursprung verdankt, mit Ausnahme der Fälle, in denen es von

der Regierung einen besonderen neuen Auftrag bekam. Dennoch sind einige Leute, welche eine Einschränkung der Staatsinterventionen in Italien befürworten, der Meinung, das IRI hätte sich von einer größeren Zahl seiner ursprünglichen Positionen zurückziehen können und sollen, als dies tatsächlich der Fall gewesen ist. In den letzten Jahren hat das IRI, wozu es jetzt vom Gesetz verpflichtet ist, einen großen Teil seiner Investitionen im Süden des Landes vorgenommen. Die Hauptmotive der Kritik an der Politik des IRI oder genauer an den Richtlinien der Regierung, welche diese Politik bestimmten, waren über viele Jahre hin die großen Verluste — sie wurden aus öffentlichen Mitteln gedeckt —, welche das IRI in gewissen übermäßig ausgedehnten Zweigen der Schwermaschinenindustrie erlitt, besonders im Schiffsbau, Zweigen, deren Umfang nach der Meinung vieler Leute bald nach dem Krieg radikal hätte eingeschränkt werden sollen. Im ganzen jedoch ist das IRI bei weitem weniger Gegenstand von freundlicher oder unfreundlicher Publizität als das ENI.

Der Präsident des ENI, Enrico Mattei, hatte infolge seiner dynamischen, furchtlosen und gewinnenden Persönlichkeit, seiner freibeuterischen Geschäftsmethoden, seines anfänglichen Erfolges in der Erschließung des lang gesuchten Schatzes an «schwarzem Gold» in Italien und der enormen Expansion, welche das ENI unter seiner Führung erlebte, einen großen Kreis von Bewunderern gefunden². In vielen ausländischen Kreisen — außerhalb jener der internationalen Ölgesellschaften — war er als der Star der italienischen Geschäftsleute in der Nachkriegszeit applaudiert worden. Viel spektakulärer als irgendeine Gestalt der Legion von kleineren Unternehmern, auf welche wir früher verwiesen, wurde er oft als Symbol der neuesten raschen industriellen Entwicklung Italiens angesehen. In diesem Sinne wurde er auch in einem britischen Fernsehprogramm vorgestellt. In Italien sind das ENI und sein Präsident Gegenstand großer Bewunderung, aber auch gegnerischer Kritik. Die endlosen Angriffe der italienischen Presse werden durch das ENI selbst gesammelt und noch einmal unter dem Titel *Stampa e Oro Nero* (Die Presse und das schwarze Gold) publiziert. 1960 war die Sammlung auf dreizehn große Bände angewachsen. Einer der schärfsten Angriffe ist wohl derjenige, den Indro Montanelli im Juli 1962 in vier Artikeln des «Corriere della Sera» führte. Im auswärtigen Bereich rühmt sich das ENI hauptsächlich, Italien in die Länder eingereiht zu haben, welche Ölfelder in Gebieten ausbeuten, in denen die großen internationalen Erdölgesellschaften seit vielen Jahren an der Arbeit sind. Im Inland sucht das ENI in zunehmendem Maße in Industrien einzudringen, welche die Privatunternehmer bisher als ihre Sphäre betrachte-

² Enrico Mattei starb am 27. Oktober 1962, nachdem dieser Aufsatz bereits geschrieben war. Die Redaktion sah sich infolgedessen veranlaßt, den Mattei betreffenden Abschnitt leicht abzuändern.

ten. Viele dieser Branchen stehen nur in lockerer oder gar keiner Beziehung zum Geschäft der Produktion oder der Verteilung von Erdöl und Erdgas. Es tut den unbestrittenen Qualitäten Matteis als Unternehmer keinen Abbruch, wenn man vermerkt, daß er durch die finanzielle Macht, welche das Gründungsgesetz von 1953 dem ENI zuwies, reichlich unterstützt wurde. Dieses Gesetz gab dem ENI das ausschließliche Recht, in der Poebene, dem reichsten bisher bekannten Erdgasgebiet Italiens, nach Erdgas und Erdölvorkommen zu forschen und sie auszubeuten. In den übrigen Teilen erhielt das ENI gleiches Recht wie die andern Forschungsgesellschaften. Und, was ebenso wichtig ist, das ENI bekam beinahe freie Hand, die Einnahmen aus der Bewirtschaftung des großen Patrimoniums, welches die Erdgasreserven darstellen, an den Orten und auf die Weise zu investieren oder zu «reinvestieren», die ihm gut scheinen. Die Regierungsstellen, denen das ENI theoretisch unterstellt ist, haben in der Praxis seinem Präsidenten ein großes Maß von Entscheidungsfreiheit in der Abgrenzung seines Tätigkeitsbereiches gelassen. Während seines nun beinahe zehnjährigen Bestehens hat das ENI allmählich seine Tätigkeit über eine Anzahl von Sektoren der Fertigindustrie ausgedehnt, von der Öltraffinerie abgesehen, und ist auch in die Hotellerie eingedrungen. Das Vordringen in die Fertigindustrie fand zum Teil statt auf dem Sektor der Petrochemie, wo das ENI Düngstoffe, Gummi, Plastikstoffe und synthetische Fasern herstellt. Sein Werk in Ravenna wird, wenn es fertiggestellt ist, pro Jahr eine Million Tonnen Stickstoffdünger produzieren, was einen großen Teil der italienischen Gesamt-erzeugung ausmacht. Aber das ENI ist auch in der Fabrikation außerhalb des petrochemischen Sektors engagiert. Es stehen Gesellschaften unter seiner Kontrolle, welche Textilien und Erzeugnisse der Maschinenindustrie herstellen. Diese umfassen nicht nur Maschinerie, die im Erdgas- und Erdölsektor verwendet wird (wie zum Beispiel Bohr- und Pumpausrüstung und Gasbehälter), sondern auch Kühlschränke und elektronische Geräte. Eine Zeitlang war das ENI auch in der Produktion von Seifen und Detergentien und Margarine tätig, zog sich aber auf starke Proteste hin, welche in diesem Fall von den Regierungsstellen unterstützt wurden, aus diesen «Randgeschäften», wie es sie in der Folge nannte, zurück. Das ENI verwendet wie das IRI in jüngster Zeit einen großen Teil seiner Investitionsausgaben für die Entwicklung der Industrie im Süden. In dieser Hinsicht jedoch erfüllt seine Politik eine Verpflichtung, welche ihm vor einigen Jahren durch Gesetz auferlegt worden ist. Das ENI rühmt sich gerne, es habe als Monopolsprenger gewirkt, und zwar nicht nur im internationalen Ölgeschäft, sondern auch in der Inlandindustrie. Es weist zum Beispiel mit Stolz darauf hin, daß es jetzt in ganz Italien Düngstoffe zu einem einheitlichen Landespreis liefere und dieser Preis tiefer liege als der Durchschnittspreis, der früher von den privaten «monopolistischen Kombinat» erhoben wurde, unter deren Preispolitik der Süden Italiens hohe Transportkosten auf Düngstoffen aus dem Norden hatte zahlen müssen.

Die Privatunternehmen auf diesem und andern Gebieten, in welche das ENI eingedrungen ist, betrachten jedoch dessen Konkurrenz als unfair. Sie verweisen darauf, daß das ENI hinsichtlich der Finanzquellen eine privilegierte Stellung genieße. Die Staatsgarantie, welche explizite oder implizite seine finanziellen Verpflichtungen sichert, erlaubt dem ENI leichter als Privatgesellschaften, Anleihen auf dem Obligationenmarkt aufzunehmen, auf dem es in der Tat als großer und ständiger Geldaufnehmer erscheint. Aber das ENI disponiert auch jährlich in großem Umfang über Investitionsgelder, für welche es gar nicht an den Kapitalmarkt gelangen muß. Diese Mittel bestehen aus den Erträgen der Ausbeutung von Erdgasvorkommen in Italien, abzüglich der Ausbeutungs- und Prospektierungskosten (Entdeckungen von Erdöl im Inland sind gering). Das Total dieser Erträge erscheint nicht gesondert in den knappen, veröffentlichten Rechnungen, aber nach einigen privaten Schätzungen handelt es sich heute um über 40 Milliarden Lire jährlich. Die Geschäftsrivalen des ENI beklagen sich, daß die beinahe unbeschränkte Verwendungsmöglichkeit, welche dieser über solche Mittel besitzt, ihn in die Lage versetzt, versteckte Subsidien an mit Verlust arbeitende Unternehmen zu zahlen, die mit Privatgesellschaften konkurrieren, welche gezwungen sind, ihre Kosten ohne Subventionsgelder zu decken. Der Verdacht ist auch laut geworden, daß viele Investitionen des ENI im Ausland (bei Erdölbohrungen und Ausbeutung, beim Bau von Pipelines und Raffinerien etc.) nach streng wirtschaftlichen Überlegungen nicht gerechtfertigt seien. Einige Leute beginnen sich zu fragen, was für eine finanzielle Hinterlassenschaft dem ENI bleiben wird, wenn einmal, vielleicht nicht in allzu ferner Zukunft, die Erdgasquellen im Pogegebiet und andern Landesteilen erschöpft sind und dann keine Mittel zum Betrieb des übrigen ENI-Komplexes mit seiner enormen Schuldenlast mehr beisteuern. Die Tatsache, daß das ENI so wenige Informationen über seine Finanzen veröffentlicht, gibt Anlaß zu jeglicher Art von Spekulation über deren wirklichen Stand. Selbst einige Befürworter eines weitergehenden Staatsunternehmertums neigen dazu, die besondere Form vom Typ des ENI abzulehnen, unter der die öffentliche Gesellschaft ermächtigt ist, große Beträge für Zwecke und in Sektoren zu verwenden, die nicht von vornherein abgegrenzt worden sind und unter keinerlei strenge Kontrolle der übergeordneten Behörden fallen. Dies ist einer der Gründe, weshalb einige Leute, wie im Fall der Elektrizitätserzeugung, der Nationalisierung unter einer neuen Behörde, welche nicht berechtigt ist, neue Gesellschaften zu gründen oder Aktien bestehender Firmen zu kaufen, den Vorzug gegeben haben vor einer Ausdehnung des Systems der Staatsbeteiligung und, wie sie hätte bewerkstelligt werden können, wenn alle Elektrizitätskonzerne dem ENI (oder IRI) unterstellt worden wären. Andererseits sind noch keine offiziellen Schritte unternommen worden, das ENI unter eine Kontrolle von der Art zu bringen, wie ihr in irgendeiner Form jede große Gesellschaft, öffentliche und private, normalerweise untersteht. Das ENI

bleibt, was es schon seit Jahren ist, ein Beispiel der Konzentration wirtschaftlicher Macht in der Hand eines einzigen Individuums, für die es in den demokratisch regierten Ländern von heute kein Gegenstück gibt.

Gegenwärtige Lage und neue Tendenzen

Das gegenwärtige Bild der Teilung der italienischen Wirtschaft in öffentliches und privates Unternehmertum — oder das Bild, wie es nach der Nationalisierung der Elektrizitätsindustrie aussehen wird — zeigt, wie wir dargelegt haben, daß sich ein beträchtlicher Teil bereits in öffentlicher Hand befindet. Die Sektoren, welche in vielen andern westlichen Ländern Staatseigentum sind: Eisenbahnen, Post, Telephon, Fernsehen und Radio, Zivilluftfahrt, Brenn- und Kraftstoffe, gehören auch in Italien ganz oder teilweise zum öffentlichen Sektor. Einige Depositenbanken und andere Finanzinstitute sind in Italien, wie in einigen anderen Ländern, ganz oder teilweise öffentliches Eigentum. Aber die Intervention des Staates als Unternehmer erstreckt sich in Italien auf eine große Zahl von Sektoren der Fertigindustrie, welche anderswo dem Privatunternehmer überlassen bleiben.

Obwohl es im Fall der Elektrizitätsindustrie vielen ausländischen Beobachtern schien, als sei an der vorgeschlagenen Nationalisierung einer Industrie, welche in einer Reihe von andern Ländern bereits nationalisiert war, in Italien nichts Besonderes — und in dieser Art wurde der Plan von dessen Befürwortern in Italien auch dargelegt —, stellte sich das Ereignis vielen Italienern, vor allem in Kreisen der Geschäftsleute, in einem weniger harmlosen Licht dar. Die Befürworter der Nationalisierung haben sie beinahe ausschließlich mit politischen Argumenten begründet, ohne den Beweis auch nur anzutreten, daß von der Nationalisierung irgendein spezifischer wirtschaftlicher Vorteil zu erwarten sei. Es bestand niemals ein Zweifel, daß die Energieproduktion den wachsenden Bedürfnissen der Nation völlig ausreichend entsprochen hatte. Die für elektrische Energie erhobenen Preise standen bereits unter der Kontrolle einer einzigen öffentlichen Stelle. Im Jahre 1961 war ein für das ganze Land geltender Einheitstarif, ohne Rücksicht auf örtliche Differenzen in den Produktions- und Verteilungskosten, eingeführt worden, wobei die Differenzen durch einen Ausgleichsfonds gedeckt wurden, der durch Beiträge der Elektrizitätsgesellschaften gespeist wurde. Bei diesem Sachverhalt neigten viele Leute dazu, die neue Maßnahme eben als einen weiteren Schritt im kontinuierlichen Prozeß verstärkter Staatsintervention und als Voranzeige von noch mehr zu betrachten.

Seitdem die Regierung der linken Mitte gegründet wurde, spricht man in der Tat in erhöhtem Maß von «wirtschaftlicher Planung» im weitesten Sinne. Der Gedanke, daß für gewisse Sektoren und Regionen bestimmte Investitions-

ziele ausgearbeitet werden sollten, ist in Italien nicht neu. Er war die Grundidee des Vanoniplanes von 1954. Dieser aber wurde im Stadium eines reinen «Richtplanes» belassen; er wurde nie in verbindliche Weisungen an die verschiedenen Industriesektoren oder in Anreiz oder Abschreckung der Investition und dergleichen übersetzt. Bei dem erneuten Nachdruck, mit dem gewisse Gruppen in Italien die Wünschbarkeit einer Art nationaler Investitionsplanung betonen, werden sie noch ermutigt durch das Interesse, das man in offiziellen Kreisen Westeuropas für diese Idee zeigt, insbesondere für die französische Variante der Planung, die allerdings ganz verschieden interpretiert wird. In Italien scheint es gegenwärtig im wesentlichen drei mögliche Formen zu geben, welche die Planung einzeln oder zusammen annehmen kann. Die erste Möglichkeit ist der Typus der staatlichen Lenkung der Investitionstätigkeit, welche darin besteht, daß man die Marktverhältnisse ändert, indem man für Investitionen in besonderen Sektoren oder Regionen besonderen Anreiz bietet (Steuererleichterung, billiges Geld, Kapitalgewährung und andere Formen der Subvention). Diese Methode wendet man schon seit vielen Jahren an, besonders bei der Industrialisierung des Südens, aber auch bei der Landwirtschaft, bei kleinen und mittleren Industrien und verschiedenen anderen Wirtschaftszweigen im ganzen Land. Die zweite Möglichkeit besteht in direkter Kontrolle über den erlaubten Umfang der Investitionen in jenen Sektoren und Regionen, welche von den Privatunternehmern am meisten begünstigt werden, um wiederum größere Investitionen in denjenigen Sektoren und Regionen zu fördern, in denen sich der Privatunternehmer zurückhält. Die dritte Möglichkeit ist die Intervention des Staates in der Rolle des Unternehmers in noch größerem Maßstab als bisher in Sektoren und Regionen, die auf das Privatunternehmertum keine «hinreichende» Anziehungskraft ausüben. Hinsichtlich dieses letzten Kurses hat Professor Saraceno, einer der Hauptberater der gegenwärtigen Regierung und ein Befürworter weiterer staatlicher Unternehmen im Süden Italiens schon lange die Meinung vertreten, daß der öffentliche Unternehmer denselben Bedingungen wie der Privatunternehmer unterworfen werden sollte und könnte und nicht privilegiert werden dürfte. Private Geschäftsleute sind verständlicherweise skeptisch in bezug auf die Frage, ob diese Regel wirklich angewendet werden würde. Einige italienische Industrielle in Sektoren, wo das ENI sich betätigt hat, könnten sich wohl mit einem «Plan» ausöhnen, solange er die Grenzen klar umreißt, innerhalb welcher der Staatsunternehmer sich betätigen und welche er nicht überschreiten dürfte. Obwohl Italien innerhalb des Budgetministeriums bald ein Planungsamt haben wird, bleiben jedoch Art und Ausmaß der Planung, die dort unternommen werden soll, undefiniert. Die daraus entstehende Ungewißheit über einige der Faktoren, welche die Investierungsentschlüsse privater Geschäftsleute in allen wichtigen Sektoren der Industrie beeinflussen müssen, ist gegenwärtig die Quelle eines beträchtlichen Unbehagens unter Industriellen.

Faßt man die weiteren Entwicklungsaussichten Italiens ins Auge, so erscheint die gegenwärtige Situation durch drei hauptsächliche Gefahren gekennzeichnet. Die erste besteht darin, daß die Übernahme neuer Aufgaben auf dem Gebiet der Industrie durch die Regierung eine weitere Verzögerung in der Behandlung anderer Geschäfte, welche schon längst Aufmerksamkeit erheischen, nach sich zieht. Dazu gehören das Schulprogramm, welches als ein Mittel zur Verbesserung der Beschäftigungsgelegenheiten für die Jungen in den gegenwärtigen Armengebieten unerläßlich ist, die Überholung des staatlichen Eisenbahnsystems, deren Notwendigkeit in jüngster Zeit durch die ungewöhnlich hohe Unfallziffer demonstriert wurde, und eine Fiskalreform, von welcher einige Aspekte in diesem Aufsatz erwähnt worden sind. Eine zweite Gefahr liegt darin, daß eine verstärkte Zuflucht zu subventionierten Industrien, sei sie nun in öffentlicher oder privater Hand, oder zu anderen Methoden, die industrielle Entwicklung von ihrem der Natur nach vorteilhaftesten Kurs abzulenken, die ernste Wirkung hat, die Gesamteffizienz der Wirtschaft zu schmälern. Eine dritte Gefahr liegt darin, daß der Impuls für eine rasche Expansion verloren gehen könnte. Seit dem Beginn der industriellen Revolution ist Italiens wirtschaftliche Entwicklung sprungweise verlaufen. Schon mehrmals haben politische und wirtschaftliche Katastrophen den Prozeß für lange Zeit unterbrochen. Es fragt sich nun, ob der letzte «Spurt», der nötig war, um Italien auf seine volle wirtschaftliche Statur zu bringen, der es sich in den letzten Jahren immer mehr zu nähern schien, wieder vor Erreichung des Zieles abgebrochen wird.